

editorial

Inhaltsverzeichnis # 04/2008

editorial	Seite 1
nachruf: LILO STRACHMANN †	Seite 2
linke!Positionen	Seite 3
▪ SWEN SCHULZ: OLYMPISCHE SPIELE IN PEKING – FLAGGE ZEIGEN!	
▪ PETRA MERKEL: ZUM VERHÄLTNIS BUND – LÄNDER (FÖDERALISMUS II)	
aktuelles bl (partei)	Seite 6
▪ LANDESVORSTAND: MARC SCHULTE: ZUM VERHÄLTNIS LAND – BEZIRKE (LEITANTRAG)	
▪ PARTEIWAHLEN 2008	
aktuelles pl (fraktion)	Seite 8
▪ AKTUELLES AUS DER FRAKTION	
aktuelles bundesebene	Seite 10
▪ NEUWAHLEN VORSTAND PL	
▪ NEUER PL-READER: PERSPEKTIVEN SOZIALE UMWELTPOLITIK	
termine/ material	Seite 11
impresum/ kontakt	Seite 13

INTERESSE AM NEWSLETTER UND/ODER DER BERLINER SPD-LINKEN? EINFACH MAIL AN:
[KONTAKT@SPD-LINKE.DE](mailto:kontakt@spd-linke.de)

Da hat der Parteivorsitzende Beck die Gelegenheit, sich mit einem populären Dreisatz „Koalitionsfreiheit – Gute Arbeit/ Mindestlöhne – Öffentliche Güter“ ein passgenaues linkes Profil zu geben und vertut die Chance. Die Debatte um Koalitionsoptionen jenseits der vermeintlich „Großen Koalition“ konnte schlechter nicht eingetütet werden und dürfte zu unnötigen und dauerhafte Kolateralschäden in der Mitglied- und Wählerschaft führen. Die Debatte um Mindestlöhne verliert sich in kleinteiligen Debatten um z.T. exotische Branchen – in der Gesamtzahl ganze acht (!) – mit ganzen 1,5 Mio. Begünstigten (von ca. 40 Mio.) und die sind dann noch innerhalb der Koalition umstritten, weil die Union die Allgemeinverbindlichkeit in den größten Branchen (u.a. Zeitarbeit) nicht anerkennt. Mit Hinweis auf konkurrierende Gewerkschaften jenseits des DGBs, von denen man täglich mehr erfährt (das Kapital kauft sich neuerdings keine Gewerkschaften, es gründet sich schlicht selbst). Spannende Zeiten für die gesellschaftliche Linke, die sich in all diesen Fragen auf der sicheren Seite der Bevölkerungsmehrheit weiß. Leider tendiert die gefühlte Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie auf Bundesebene zur Zeit trotz dieser Sachlage gegen Null; das liegt nicht an der Stärke der Union sondern ganz eindeutig an dem Schisma innerhalb der Parteiführung, die in ihrer Mehrheit wohl lange nicht mehr so weit von der Parteibasis entfernt gedacht und gehandelt hat. Beck und Nahles muss man zur Zeit davon ausnehmen, sie stecken allerdings in der Zange der Steinmeier und Steinbrücks, die es insbesondere beim dritten großen Thema, dem der öffentlichen Güter und der Frage nach Privatisierungsstrategien, zum Schwur kommen lassen. Die Bahnprivatisierung dürfte über das kommende Wochenende zum Kristallisationspunkt der SPD 2008 und ihrer Ausgangschancen für 2009 werden. Die Position der Berliner Linken und der Berliner SPD war auf dem Bundesparteitag klar, wo wir den entscheidenden Antrag einbrachten und durchsetzten. Die Argumente, die gegen eine Bahnprivatisierung (insb. der Infrastruktur und des Personennah- und fernverkehrs

sprechen) sind weiterhin gültig und haben sich durch eine Vielzahl neuer Anhörungen und Gutachten eher bestätigt. Man kann die Parteiführung (das gilt auch für die linken Mitglieder) nur davor warnen, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen und mit Geschlossenheitsrethorik eine zentrale und nachhaltig wirksame Sachentscheidung gegen den erklärten Willen der Partei (und Bevölkerung) durchzustimmen. Wir werden zur Bahnentscheidung des Parteivorstands voraussichtlich eine Sondernummer des Newsletters herausbringen. Alles weitere dort. ■ **Mark Rackles**

Lilo Strachmann ist tot. Wir trauern um eine streitbare Frau

Plötzlich und unerwartet verstarb Lilo Strachmann, die Landesvorsitzende unserer Berliner AG 60 plus. Lilo wurde 74 Jahre alt. Lilo ist uns als kämpferische Frau bekannt, die sich für die Rechte von Seniorinnen und Senioren stritt. Wehe ein Antrag des SPD-Landesvorstandes nahm nicht auf die Lebenssituation von Älteren Bezug. Sie war diejenige, die vielen den Begriff und die umfassende Bedeutung der Seniorenwirtschaft politisch nahe brachte. Nicht erst als Landesvorsitzende hat sie resolut gegen Stereotypen angekämpft. Sie wollte, dass die Menschen endlich begreifen, dass sie mit 60 Jahren sehr viel mehr können, als sich in den Sessel zu setzen und auf Besuch zu warten.

Und Lilo hat sich im Namen der AG 60 plus zu fast allem geäußert: Zur Gesundheits- und Rentenpolitik, zur Bildungs-, Verkehrs- und VerbraucherInnenpolitik Sie war streitbar und trat mit Vehemenz für ihre Überzeugungen ein, sie war für viele unbequem. Zu Recht hat sie unablässlich darauf bestanden, dass SeniorInnenpolitik grundsätzlich alles umfasst, wofür mensch im fortgeschrittenen Alter sich interessiert. Alles ist politisch.

Am 16. März 2006 wurde Lilo zur Landesvorsitzenden der Berliner AG 60 plus gewählt. Die AG 60 plus, aber auch wir im Kreis Tempelhof-Schöneberg, kannten Lilo als willensstarke und engagierte Kämpferin für die Themen, die ihr besonders am Herzen lagen - und das waren viele. Mit ihr verliert die Berliner Sozialdemo-

kratie eine Genossin, die sich nicht nur für die Belange der Älteren, sondern auch aktiv für einen Generationenaustausch, für eine solidarische und faire Zusammenarbeit zwischen Alt und Jung eingesetzt hat. Sie wollte erneut kandidieren, nun wird die seniorenpolitische Fackel von anderen weitergetragen werden. „Ich kann mir keinen besseren Brückenschlag vorstellen, als den Wert der Solidarität und das Verständnis der Generationen untereinander“ - war eine ihrer Maximen im Kreis Tempelhof-Schöneberg und auch in der Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften der Berliner SPD. Sie hat sich sehr für in der Satzung verbrieft Rechte der Berliner Arbeitsgemeinschaften eingesetzt und an vielen Stellen mit den beiden anderen großen Arbeitsgemeinschaften ASF und Jusos erfolgreich kooperiert. Ein besonderes Anliegen war ihr der Kampf gegen den Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Eine der letzten von ihr noch geplanten Aktionen war der Infostand zum Thema Rechtsextremismus vor der Gedenkstätte „Topografie des Terrors“ anlässlich des bundesweiten Aktionstag der AG 60 plus unter dem Motto „Demokratie und Toleranz - Jung und Alt gemeinsam gegen rechts“ am 02. April. Sie selber konnte nicht mehr teilnehmen. Neben zutiefst demokratischen Überzeugungen war hierfür sicherlich auch ihre eigene Lebensgeschichte prägend: Liselotte wurde am 8. Oktober 1933 geboren. Ihren jüdischen Vater lernte sie kaum kennen - er wurde von den

Nazis ins KZ Sachsenhausen verschleppt, wo er starb. Von dieser Erfahrung und der Verfolgung, die sie als „Mischling ersten Grades“ erlitt, war Lilos Leben und ihr politisches Handeln in der SPD, in der Gewerkschaft stark geprägt. Nach dem Krieg holte sie das Abitur nach, arbeitete bei der Gewerkschaft ÖTV und bei der AOK, bis sie 1995 in den Ruhestand ging - der im besten Sinne zum aktiven Unruhestand wurde. Sie war 54 Jahre Mitglied der SPD und hatte in Tempelhof vielfältige Parteifunktionen auf Kreis- und Landesebene, engagierte sich als Mitglied der SPD-Betriebsgruppe in der AOK. Jahrelang war sie in der Gewerkschaft ver.di im Ausschuss für Gesundheit und Pflege verantwortlich tätig. Als linke Sozialdemokratin hat sie sich vor allem für

die solidarische BürgerInnenversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung stark gemacht -im Februar noch auf einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit Ulla Schmidt.

Lilo war ein geselliger Mensch. Dieses können insbesondere die vielen TeilnehmerInnen der Dampferfahrten und vor allem wohl auch die vielen Aktiven in der AG 60 plus auf Landes- und Kreisebene bestätigen. Sie war menschlich, sie lebte eine faire Zusammenarbeit. Lilo, du bist zu früh von uns gegangen. Wir danken dir für deine Solidarität und dein Engagement. Wir vermissen dich. ■ **Dilek Kolat** und **Mechthild Rawert**

linke!positionen

Olympische Spiele in Peking: Flagge zeigen!

SWEN SCHULZ

MdB
Landesgruppensprecher
MITGLIED BL

Die Situation in Tibet und die Frage der Menschenrechte in China steht dieser Tage aus einem entscheidenden Grund im Fokus der Weltöffentlichkeit: weil die Olympischen Spiele 2008 in Peking ausgetragen werden. Das zeigt, welche Kraft die Olympische Idee hat, es zeigt wie symbolmächtig (und kompatibel mit den Massenmedien) das Olympische Feuer ist. Und das zeigt auch, dass die Vergabe der Olympischen Spiele 2008 durch das IOC durchaus Chancen eröffnete.

Man sollte nicht naiv sein: das IOC hat seine Entscheidung zugunsten Pekings unter starkem Einfluss wirtschaftlicher Interessen gefällt. Aber auch unter dem Aspekt der Öffnung und Entwicklung Chinas ist eine solche Entscheidung im Grundsatz vertretbar. In diesem Sinne haben auch die großen Menschenrechtsorganisationen die positiven Aspekte der Olympischen Spiele in Peking betont. Der Dalai Lama äußert sich bis heute entsprechend. Aber: man muss das dann auch richtig machen. Man muss die Chancen zu nutzen wissen. Das IOC hätte sich Garantien geben, sich Sanktionsmöglichkeiten bei deren Verletzung vorbehalten, vor allem sehr früh und sehr deutlich den Mund aufmachen müssen!

Stattdessen wird vom IOC immer argumentiert, dass die Olympischen Spiele und Politik fein säuberlich zu trennen sind. Darum mische sich das IOC nicht ein. Was für ein ausgemachter Unsinn! Ein Blick auf die Olympische Charta und auf den IOC-Code of Ethics macht deutlich, dass die Grundwerte der Olympischen Idee fundamental gesellschaftspolitisch sind! Man kann nicht von Frieden, Menschenwürde und Ablehnung von Diskriminierung sprechen und dann massive Verletzungen dieser Grundprinzipien als politisches Tagesgeschäft abtun mit dem man sich ebenso wenig

zu befassen hat wie mit der Frage ob der Linksverkehr eingeführt wird!

Es gibt Berichte, wonach die Menschenrechtssituation in China in einigen Bereichen verbessert wurde, aber gerade mit den näher rückenden Olympischen Spielen umso härter gegen Kritiker, Bettler und andere Störenfriede vorgegangen wird. Nichts soll den Schein der „harmonischen Gesellschaft“ trüben. Das erinnert an die Maßnahmen der Offiziellen in Peking vor einem Besuch einer IOC-Delegation während des Bewerbungsprozesses: da wurden vertrocknete Rasenflächen mit grüner Farbe besprüht und kahlen Bäumen Kunststoff-Laub angeklebt.

Doch wie reagieren die Sportgewaltigen: sie wollen sich den Schein einer friedlichen Olympia-Party nicht durch eine Diskussion über Menschenrechtsverletzungen kaputt reden lassen. Aber was sind das für Leute, die mehr Probleme mit Athletinnen und Athleten, die sich für Menschenrechte einsetzen, haben, als mit den Menschenrechtsverletzungen selbst? Was ist das IOC für ein Verein, der sich mehr um den reibungslosen Ablauf des Fackellaufs und das Gelingen der Geschäfte zu sorgen scheint als darum, dass die Olympische Idee droht in Trümmer gelegt wird? Ich sage noch mal: Man kann die Olympischen Spiele mit guten Gründen nach Peking vergeben. Doch dann muss man den Mund aufmachen und darf sich nicht so schäbig verhalten und auch noch Sportlern, die sich für Menschenrechte einsetzen, zu drohen. Nicht die mündigen Athletinnen und Athleten, sondern einige Sport-Bonzen gehören aus der Olympischen Familie ausgeschlossen!!!

Der Deutsche Olympische Sportbund mit IOC-Vizepräsident Dr. Thomas Bach an der Spitze spielt in dem Ganzen keine rühmliche Rolle – um es vorsichtig zu sagen. Mit dem voreiligen Ausschluss eines Boykotts wurde den Machthabern in Peking eine Art Blankoscheck ausgestellt. Der Boykott ist die letzte Möglichkeit der Sportpolitik – aber er muss möglich bleiben. Oder will Herr Dr. Bach noch strahlend Goldmedaillen vergeben, wenn nebenan auf dem Platz des Himmlischen Friedens Demonstranten getötet werden? Dann allerdings dürfte der Protest nicht beim Sport bleiben, nur auf seinem Rücken ausgetragen werden, sondern dann wäre auch etwa die Wirtschaftspolitik gefragt (bei der Gelegenheit: wie verhalten sich eigentlich adidas, Volkswagen und andere? Das wäre auch mal eine nähere Erläuterung Wert, für die ich hier leider keinen Platz habe).

Nach derzeitigem Stand der Dinge sollten alle – auch möglichst viele Politikerinnen und Politiker – die Spiele besuchen und dort gemeinsam mit den Sportlern, die es möchten, Flagge zeigen. Und nach den Spielen müssen wir von politischer Seite her prüfen, ob das Verhalten des DOSB auch Konsequenzen für die Förderung des Spitzensportes durch den Bund haben kann. Ich will keinen Athleten und keine Athletin treffen, die nichts dafür können was die Sportfunktionäre machen. Aber gleichzeitig sind Bundestag und Bundesregierung in der Verantwortung Steuermittel nur dorthin zu geben, wo sie im öffentlichen Interesse ausgegeben werden. Die PR-Show eines menschenverachtenden Staates, bei der der Sport sich nicht für die Menschen einsetzt, darf nicht finanziert werden. Die Entscheidungen für Peking sind lange

gefallen. Aber für die Zukunft müssen da wohl Kriterien entwickelt werden. ■

linke!positionen

Stand der Föderalismuskommission II

PETRA MERKEL

MdB
MITGLIED PL-VORSTAND
BL-MITGLIED

Die Föderalismuskommission II wurde im Frühjahr 2007 einberufen, um die Bund Länder Finanz- und Verwaltungsbeziehungen neu zu ordnen. Nun, ein Jahr später, treffen wir entscheidende Weichenstellungen. Es liegt eine Diskussionsgrundlage des Bundesfinanzministeriums zur Neuregelung der Verschuldungsbegrenzung vor. Die Verwaltungsthemen wurden in drei Fachdiskursen gesammelt, und nun wird ausgewählt, welche mehrheitsfähigen Themen weiter verfolgt werden können. Zu den Verwaltungsthemen zählen: Benchmarking, IT, vertikale und horizontale Zusammenarbeit der Verwaltung / Verwaltungskooperationen sowie Bundessteuerverwaltung. Unser Zeitplan sieht vor, dass die Kommissionsvorsitzenden Dr. Peter Struck und Günther Oettinger im Mai Eckpunkte vorlegen. Im Herbst wird dann die Kommission in ihren letzten Sitzungen Entscheidungen treffen. Anschließend erfolgt der Gesetzgebungsprozess in Bundestag und Bundesrat. Vorgesehen ist, spätestens im Frühjahr 2009 fertig zu sein.

Für mich stehen einige Grundsätze und einige inhaltliche Positionen dabei im Vordergrund: Wichtig ist mir, dass das Prinzip des solidarischen Föderalismus in unserer Verfassung mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht in Frage gestellt wird. Das beinhaltet auch, dass der Solidarpakt und der Länderfinanzausgleich (festgelegt bis 2019) nicht berührt werden dürfen. Ich bin auch der Meinung, dass die derzeitigen Regelungen des Grundgesetzes modifiziert werden müssen, um die Kreditaufnahme und das „Regieren auf Pump“ auf Kosten der kommenden Generationen einzuschränken. Es ist einfach nicht akzeptabel, dass wir Jahr für Jahr über 40 Mrd. Euro Zinsen zahlen. (Dies entspricht in etwa den jährlichen Etats des Verkehrs-, Bildungs- und Familienministeriums zusammengenommen!!!)

Wir sind laut Grundgesetz europäischen Vereinbarungen verpflichtet, so gilt der Stabilitäts- und Wachstumspakt mit seinen Defizitkriterien. Eine neue Schuldenregel darf jedoch keine verschärfte Übernahme der EU-Defizitregel von Maastricht sein, sondern sollte diese vernünftig ergänzen. Den zurzeit im BMF-Vorschlag vorgesehen Verschuldungsspielraum von 0,5 % des BIP halte ich für nicht realitätstauglich. Er hält auch den Erfahrungen in den zurückliegenden Krisenjahren nicht stand. Eine neue Regel muss sich aber an diesen Erfahrungen der vergangenen Jahre messen lassen.

Ein absolutes Schuldenverbot halte ich für inakzeptabel. In Notlagen müssen Schulden weiterhin möglich sein. Wie auch immer ein „Ausnahmeregelung“ gestaltet wird, es muss sichergestellt werden, dass eine Mehrheit des Parlaments, die sogenannte

„Kanzlermehrheit“ und nicht eine Zweidrittel Mehrheit über die Schuldenaufnahme entscheiden kann. So bleibt die Handlungsfähigkeit des Parlaments erhalten. Wenn wir eine neue Schuldenregel einsetzen, dann müssen wir gleichzeitig für Disziplin auf der Einnahmeseite sorgen und nicht – als Wahlversprechen oder Wahlgeschenke – Steuersenkungen machen, die wir nicht gegen finanzieren können. Schuldenabbau muss die Priorität vor Steuersenkungen haben. „Keine Steuersenkungen vor Schuldenabbau“ muss also fester Bestandteil dieser Schuldenregel sein. Wir müssen eine sinnvolle Regelung finden, wie wir mit Investitionen und ihrer Finanzierung in Zukunft umgehen. Ich halte es dabei nach wie vor für wirtschaftlich sinnvoll, Investitionen über Kredite zu finanzieren, allerdings dann auch mit Abschreibungen und festgelegter Schuldentilgung. Die Grundvoraussetzung für die Einführung einer neuen Schuldenregel ist allerdings ein ausgeglichener Haushalt. Bei den Verwaltungsthemen steht die Effizienzsteigerung im Vordergrund. An erste Stelle steht für mich die Schaffung einer Bundessteuerverwaltung. Dies ist für eine vollständige, in allen Ländern einheitliche und gerechte Steuererhebung dringend notwendig. ■

Weitere Informationen ► [Föderalismuskommission](#)

landesvorstand

Zukunft des Verhältnisses zwischen Land und Bezirken

MARC SCHULTE

STELLV. LANDESVORSITZENDER;
STADTRAT
MITGLIED BL-SPRECHERINNENRAT

Die Bezirke schimpfen auf den Senat, der keine finanziellen Mittel und kein Personal zur Verfügung stellt. Die Senatsebene stöhnt über die Unvernunft und die Unfähigkeit der Bezirke.

Dieses Ritual zu durchbrechen, ist Ziel des jetzt vorliegenden Antrages, der von Landes- und Bezirkspolitikern erarbeitet wurde. Anlass zur Erstellung war das Auslaufen der Übergangsregelung bei der Wahl der Bezirksämter zum Ende der Legislaturperiode, doch es wurde schnell klar, dass auch andere grundlegende Fragen im Verhältnis Bezirke - Land geklärt werden müssen, vor allem im Bereich der Finanzen.

Das Thema Bezirke – Land eignet sich aber nicht zu einer Links-Rechts-Auseinandersetzung, es ist in der Außenwahrnehmung auch eher ein Feinschmeckerthema. Oder wer kann mal so eben erklären, warum budgetunwirksame Kosten im Immobilienbereich jetzt anders behandelt werden sollen?

Und dennoch ist das Papier ein wichtiger Schritt zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Land und Bezirken, gerade im Bereich der Finanzen:

1. Die Verantwortung über die Höhe der Bezirksfinanzen und deren Veränderungen liegt nicht mehr alleine in der Hand der Senatsverwaltung für Finanzen, sondern soll stärker vom Abgeordnetenhaus mitbestimmt werden. Bisher wurden die Haushalte der Bezirke während der Haushaltsberatungen nur cursorisch betrachtet, und hier und da flickschusterhaft Feu-

- erwehr gespielt. Hier soll sich das Verfahren grundlegend verändern.
2. Das Konnexitätsprinzip muss umgesetzt werden. Werden mehr Aufgaben an die Bezirke gegeben, so müssen auch die Mittel für den Mehraufwand zur Verfügung gestellt werden.
 3. Der Wertausgleich wird transparenter gestaltet und kann ausgeweitet werden, was dann zwangsläufig zu einer Plafondserhöhung für die betroffenen Bezirke führt.
 4. Sonderprogramme werden in den Bezirkshaushalt überführt.

Die Überprüfung der Aufsichtsbeziehungen und der Aufgabenüberprüfung im zweistufigen Verwaltungssystem von Berlin ist als klarer Handlungsauftrag formuliert. Hier gilt es die Umsetzung des vorgeschlagenen Zeitplans sicherzustellen und einzufordern. Innerparteilich den größten Diskussionsbedarf wird aber die Frage des Bezirksamtes auslösen: Vorgeschlagen wird ein politisches Bezirksamt mit Minderheitenbeteiligung. Die Mehrheit in der BVV, also mindestens 28 Stimmen, legt die Zusammensetzung der Mehrheit im Bezirksamt fest. 3 oder 4 der Plätze im Bezirksamt werden von der BVV-Mehrheit festgelegt. Eine rot-grüne Mehrheit kann sich zum Beispiel darauf verständigen, dass von den vier zustehenden Plätzen im Bezirksamt 2 inklusive des Bezirksbürgermeisters von der SPD und 2 von den Grünen besetzt werden. Je nach Größe der Mehrheit bleiben ein oder zwei Plätze für die Opposition frei. Mit diesem Modell wird sichergestellt, dass sich die in der BVV gebildete politische Koalition auf jeden Fall im Bezirksamt wieder findet. Durch die Stärkung des Bezirksbürgermeisters und der BVV wird der Meinungsprozess in den Bezirken politisiert.

Die Vertretung der Opposition im Bezirksamt sichert Minderheitenrechte ab. Kommunalpolitik ist in vielen Bereichen eine Verwaltungsaufgabe, die in erster Linie nicht der politischen Entscheidung, sondern der politischen Kontrolle und der Sicherstellung von Transparenz bedarf. Hier große Parteien in einigen Bezirken für einen längeren Zeitraum von jeglicher Verwaltungsbeteiligung auszuschließen, führt zu unnötigen unpolitischen Konflikten. Deswegen ist es auch richtig, eine einheitliche Abteilungsstruktur anzustreben, damit es keine Reste-Ressorts geben kann.

Wer dieses Modell ablehnt, soll aber klar sagen, wie er die Rechte einer Opposition sicherstellen will. Es ist nämlich eine Utopie zu glauben, dass ein oder zwei ehrenamtlich tätige Fraktionsvorsitzende eine Oppositionsrolle gegenüber fünf hauptamtlich tätigen Bezirksamtsmitgliedern darstellen können.

Die Arbeitsgruppe hat innerhalb weniger Monate einen Konsens hergestellt, der zu Anfang der Arbeit unerreichbar erschien. Dass etliche Punkte aus rein bezirklicher oder reiner Landessicht unbefriedigend ausgefallen sind, liegt in dem Wesen eines Kompromisses. Und dennoch hat der Antrag viele neue Diskussionen angestoßen und schon erste Ergebnisse gezeigt. Und das ist meiner Ansicht nach ein gutes Zeichen für einen Leitantrag. ■

parteiwahlen

Ergebnisse der Parteiwahlen 2008/2010

Raed Saleh ist neuer Spandauer Kreisvorsitzender. Er tritt damit die Nachfolge des langjährigen Kreisvorsitzenden Swen Schulz an, der sich ganz auf die Arbeit als MdB und Landesgruppensprecher konzentrieren wird. Als Stellvertreter wurden gewählt: **Daniel Buchholz**, **Ulrike Sommer** und **Susanne Pape**. Der neue Kassierer ist **Michael Stobbe**. Schriftführerin ist wie bisher **Annika Lange** geblieben. Raed ist Wahlkreisabgeordneter aus Spandau und Mitglied der Parlamentarischen Linken und der BL. Herzlichen Glückwunsch allen Gewählten! ■

Weitere Informationen ► [Website von Raed Saleh](#)

pl berlin

Aus der Arbeit der PL

DIE SPD-LINKE IM
ABGEORDNETENHAUS HAT SICH
IN DER PL ORGANISIERT

DER PL GEHÖRTEN 27 VON 53
ABGEORDNETE AN.

SPRECHERIN IST MDA DILEK
KOLAT. SIE IST ZUGLEICH IM
SPRECHERINNENRAT DER
PARTEILINKEN - BL)

KONTAKT:
PL@SPD-LINKE.DE

Die PL hat sich inhaltliche Schwerpunkte gesetzt und bereits in der Fraktion erste Erfolge erzielt. Hier ein kurzer Bericht über einige Themen und die Erfolge:

PPP qualifiziert abgelehnt

Einer der ersten Schwerpunkte für die PL in dieser Legislaturperiode war Klarheit im Umgang mit PPP zu schaffen. Konkret standen Entscheidungen an, ob über eine PPP die Sanierung von Schulen in den Bezirken Reinickendorf, Treptow-Köpenick und Spandau durchgeführt werden darf. Die Fraktion hat die Finanzierung und Realisierung von Schulsanierungen über PPP einstimmig abgelehnt. Eines der wichtigsten Gründe für die Ablehnung war die Feststellung, dass aus den zugrunde liegenden Gutachten keine ausreichenden Vorteile für das Land Berlin abzuleiten waren. Die vorausgesagten Effizienzvorteile waren zu knapp, so dass bei geringfügiger Änderung der Annahmen sie noch unbedeutender wurden. Zur Entscheidungsfindung hat die Fraktion eine Arbeitsgruppe PPP unter Leitung von **Holger Thärichen** eingesetzt, die Grundsätze und Kriterien zum Umgang mit PPP entwickelt hat. Wie auch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, darf PPP nicht flächendeckend zur Beseitigung von Investitionsbedarf eingesetzt werden und nur in Einzelfällen in Betracht kommen. Für diese Einzelfälle haben wir allerdings umfangreiche Bewertungskriterien formuliert, die erst einmal erfüllt sein müssen. Hierzu gehören die Anforderungen wie die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, Langfristigkeit der fachlichen Nutzung, Transparenz im Haushalt, frühzeitige Beteiligung des Rechnungshofes und erforder-

derliches Know-how im Hinblick auf die vertragliche Begleitung in der entsprechenden Verwaltung. Die Vorbereitungen für die Finanzierung von Schulprojekten haben diesen Anforderungen nicht standgehalten und wurden daher abgelehnt.

Die Gemeinschaftsschule auf den Weg gebracht

Der LPT hat sich nach langen bildungspolitischen Debatten dafür ausgesprochen, in Berlin das dreigliedrige Schulsystem zu überwinden. Es muss Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik sein, soziale Selektion im Bildungssystem zu verhindern und individuelle Förderung zu verbessern. Auch in unserem neuen Hamburger Grundsatzprogramm ist die Gemeinschaftsschule als Ziel verankert. Dort heißt es „Über Bildungswege und -chancen wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Wir werben daher für ein System, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen verbinden mit individueller Förderung. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass dies nicht nur den Lernschwachen, sondern auch den Lernstarken zugute kommt. Nur so lässt sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft aufbrechen.“ Da es sich um ein sehr grundlegendes Reformvorhaben handelt, hat sich die Koalition im Abgeordnetenhaus darauf verständigt die Gemeinschaftsschule in Berlin schrittweise einzuführen. Nach einer erfolgreichen Pilotphase, für die im Haushalt 22 Mio. Euro zur Verfügung gestellt geworden ist, soll im zweiten Schritt die Erweiterung kommen. Es nehmen an der Pilotphase zurzeit 11 Schulverbünde teil. Die PL unterstützt alle am Schulleben Beteiligten in ihren Engagement für den Erfolg der Pilotphase. Außerdem wird die Pilotphase wissenschaftlich begleitet und ausgewertet.

Vorschulische Sprachförderung erweitert

In unseren Schulen ist der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg nach wie vor erschreckend hoch. Besonders auffällig ist dieser Zusammenhang bei Migrantenkindern. Dies liegt auch an den schlechten Sprachkenntnissen dieser Kinder, aber nicht nur. Ihnen eine Chance auf Bildung zu geben ist eine bildungspolitische und eine gesellschaftliche Aufgabe. Gerade in der Kindheit werden die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungskarriere gelegt. Was hier verpasst wurde, lässt sich später nur schwer ausgleichen. Aus diesem Grund entwickeln wir die Kindertageseinrichtungen (Kitas) konsequent zu Bildungseinrichtungen weiter und bieten den Erziehern und Erzieherinnen Qualifizierungsangebote an.

Berlin hat eine Voreiterposition bundesweit bei der vorschulischen Sprachförderung. Wir haben das Sprachlerntagebuch vor einem Jahr in den Kindertageseinrichtungen eingeführt. Die vorschulische Sprachförderung haben wir jetzt durch eine Änderung im Schul- und Kitafördergesetz noch weiter ausgebaut. Damit die Kinder vor dem Schulbeginn die Deutsche Sprache besser beherrschen, haben wir Sprachstandstests für alle Berliner Kinder eingeführt und die Sprachförderung vor Beginn der Schule ausgeweitet. Mit der Gesetzesnovellierung, haben wir den Beginn der

Sprachförderung für die Kinder, die nicht in die Kita gehen und einen Sprachförderbedarf haben von einem halben Jahr, auf ein Jahr vor Schulbeginn vorverlegt. Der Förderumfang wurde ebenso erweitert. Die Kinder die nicht in die Kita gehen und bei denen ein Sprachförderbedarf festgestellt wird, werden verpflichtet, an einer Sprachförderung in der Kita teilzunehmen. Früher hat dies am Ort Schule stattgefunden. Zukünftig werden sie einen Kitagutschein für einen Halbtagsplatz erhalten.

Insgesamt ist es uns wichtig, dass möglichst viele Kinder unsere frühkindlichen Bildungseinrichtungen, wie die Kita oder eine Kindertagespflegeeinrichtung besuchen. Deshalb ist der Besuch der Kita im letzten Jahr vor der Einschulung kostenlos und deshalb werden 2010/20011 auch die letzten beiden Kita-Jahre Beitragsfrei stellen. Wir wollen Hürden abbauen, die Eltern davon abhalten, ihren Kindern eine frühe Förderung zu ermöglichen. Eltern sollen künftig vor dem dritten Lebensjahr ihres Kindes alle notwendigen Informationen über Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten erhalten. Gleichzeitig bekommen sie einen Antrag auf einen Kita-Gutschein zugesandt. 2009 werden wir den Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz (7 Stunden pro Tag) einführen. Dieses Gesamtpaket ist ein wichtiger und großer Schritt in Richtung mehr Chancengleichheit in der Bildung. ■ **MdA Dilek Kolat**

bundeslinke - pl

Parlamentarische Linke

DIE SPD-LINKE IM BUNDESTAG
HAT SICH IN DER PL
ORGANISIERT

DER PL GEHÖRTEN 4 BERLINER
MDBS AN (BENNETER, MERKEL,
RAWERT, SCHULZ).

SPRECHER IST MDB ERNST
DIETER ROSSMANN. PETRA
MERKEL (BERLIN) IST
VORSTANDSMITGLIED

[HOMEPAGE](#)

KONTAKT:
PARLAMANTARISCHE.LINKE@BUNDESTAG.DE

Neuwahl des PL-Vorstands

Auf ihrer Mitgliederversammlung Mitte März haben die Mitglieder der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion turnusgemäß ihren Vorstand neu gewählt. Dabei wurde **Dr. Ernst Dieter Rossmann** in seiner Funktion als PL-Sprecher einstimmig bestätigt. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Stellvertretende Vorsitzende: **Niels Annen, Christine Lambrecht, Andreas Steppuhn**. Schatzmeisterin: **Petra Merkel**. Mitglieder des erweiterten Vorstands: **Elke Ferner, Gabriele Hiller-Ohm, Michael Müller, Renè Röspel, Ortwin Runde, Dr. Marlies Volkmer**.

PL-Positionspapier zur Föderalismusreform II und Reader zu Perspektiven einer sozialen Umweltpolitik

Auf der Website der PL findet sich aktuell eine neue Publikation zur Umweltpolitik von Kai Niebert und ein Positionspapier zur Föderalismusdebatte.

Papier und PL-Reader ► [PL-Homepage](#)

termine & material

14. APRIL 2008

RATHAUS KREUZBERG,
YORCKSTR. 4 – 11
20:00 UHR

SPD Friedrichshain-Kreuzberg: Durchbruch zu einer Demokratisierung der Europäischen Union oder Bedrohung für Arbeitnehmerrechte und öffentliche Daseinsvorsorge? Die stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Europaexpertin der Fraktion, **Dr. Angelica Schwall-Düren** erläutert die neuen Bestimmungen des Reformvertrags und stellt sich der kritischen Diskussion von links, warum der Vertrag einen Mehrwert darstellt. ■

Perspektiven einer modernen Verbraucherpolitik

16. APRIL 2008

18:30 – 20:30 UHR

ANMELDUNG ERBETEN!

August-Bebel-Institut: Macht und Schutz der Verbraucher/innen – Perspektiven einer modernen Verbraucherpolitik. Moderation: Pamela Dorsch. Mit **Mechthild Rawert, MdB**, Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und **Gabriele Francke**, Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Berlin ■

Anmeldung erbeten ► thanner@august-bebel-institut.de

attac: Maitage in Leipzig

1. – 4. MAI 2008

GESCHWISTER-SCHOLL-SCHULE
LEIPZIG- Liebertwolkwitz

attac: Die Maitage in Leipzig widmen sich den Themen „Krise und Akteure der Finanzmärkte“, „Demokratie und Eigentum“ und „Arbeit und soziale Rechte“. Über 50 Seminare, Vorträge, Debatten und eben so viele ReferentInnen aus der kritischen Wissenschaft, aus der Attac-Praxis, Expertinnen und Journalisten, Moderatorinnen und Gesprächspartner sind im Angebot. U.a. auch Theater: „Das Blaue Wunder“ - ein Stück über die aufhaltsame Privatisierung des Wassers - mit der Berliner Compagnie. Für 65 Euro volles Programm vom 30.4./1.5. bis 4.5. mit Vollverpflegung aus Bioanbau und Schlafplatz inclusive - allerdings nur nach Anmeldung (bis 18. April). ■

Anmeldung erbeten ► Tel. 069.900 281 – 0
Weitere Infos ► [Attac](#)

Gedichte und Lieder aus dem Spanischen Bürgerkrieg

7. MAI 2008

HERRENHAUS DOMÄNE DAHLEM
KÖNIGIN-LUISE-STR. 49
20:00 UHR

SPD Dahlem: „Es hat die Besten der Welt bewegt ...“ - Gedichte und Lieder aus dem Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939). Frauen und Männer aus aller Welt kamen vor siebzig Jahren nach Spanien, um der Republik im Kampf gegen den Faschismus zu Hilfe zu eilen. Mit Flamencogitarre, Gesang und Hörinstallation zelebrieren wir eine Klangcollage, die an ihre beispiellose Zivilcourage und internationale Solidarität, an ihre Schicksale, ihre Texte und Lieder erinnert. Es verspricht ein Abend voller Intensität und einiger Überraschungen zu werden! ■

Zukunft des Jobcenters in Berlin

9. MAI 2008

ORT BITTE BEI ANMELDUNG
ERFRAGEN
19:00 UHR

Berliner SPD-Linke: Die BL führt am 9. Mai 2008 ein Fachgespräch/ Hintergrundgespräch im kleinen Kreis durch, das der Zusammenführung verschiedener Debattenzusammenhänge innerhalb der SPD dienen soll. Angeregt und moderiert von **Barbara Loth** (StR; BL-Sprecherin) werden u.a. StR **Martin Matz**, der Pankower Kreisvorsitzende **Alexander Goetz** und die arbeitsmarktpolitische Sprecherin MdA **Burgunde Grosse** Impulse/ Positionen einspeisen. Hierzu können neben den Funktions- und MandatsträgerInnen auf Landes- und Bundesebene auch (fach-) interessierte Mitglieder der BL eingeladen werden. Bitte meldet Euch per eMail an. ■

Anmeldung erbeten ► info@spd-linke.de

Europa und Tarifrecht/ Mindestlohn zum sog. Ruffert-Urteil des EuGH

MATERIALHINWEIS!

Berliner SPD-Linke: Der Genosse **Sebastian Klähn** hat eine sehr gute Kurzzusammenfassung des problematischen EuGH-Urteils zum niedersächsischen Vergabegesetz vom 4. April erstellt. Das Urteil schlägt direkt auf das Berliner Vergabegesetz und seine Tarifklausel durch. Gleichzeitig hat bereits eine Abteilung in Zehlendorf einen **Antrag für den Landesparteitag** auf den Weg gebracht, der eine Änderung des Entsendegesetzes fordert. ■

Text und Antrag ► www.spd-linke.de

WEITERE TERMINHINWEISE

FINDEN SICH AUF DER WEBSITE DER BL UNTER [HTTP://WWW.SPD-LINKE.DE](http://www.spd-linke.de). FALLS DU SELBST TERMINE VERÖFFENTLICHEN WILLST, DIE FÜR LINKE VON INTERESSE SEIN KÖNNEN, DANN SCHICKE DIE EINLADUNG BITTE AN [KONTAKT@SPD-LINKE.DE](mailto:kontakt@spd-linke.de).

kontakt

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Autoren/ Autorinnen wieder. Herausgegeben wird der Newsletter vom SprecherInnen-Rat der Berliner Linken: ViSdP: **Mark Rackles** (Kontakt: Mark.Rackles@spd.de)
Redaktionelle Zuschriften/ Anregungen/ LeserInnen-Briefe bitte an: kontakt@SPD-Linke.de

SprecherInnenrat der BL

- **Mark Rackles** (Sprecher); Landeskassierer
- **Franziska Drohsel**, JUSO-Bundesvorsitzende, LV-Mitglied
- **Alexander Goetz**, LV-Mitglied, Kreisvorsitzender
- **Barbara Loth**, stellv. Landesvorsitzende, BzStR'in
- **Dilek Kolat**, MdA; LV-Mitglied; Kreisvorsitzende
- **Mechthild Rawert**, MdB
- **Marc Schulte**, stellv. Landesvorsitzender, BzStR

Die vollständige Liste aller Mitglieder des Ko-Kreises der Berliner SPD-Linken findet sich auf unserer [Homepage](#).

SprecherInnenrat der PL

- **Dilek Kolat** (Sprecherin), MdA; stellv. Fraktionsvorsitzende
- **Christian Gaebler**, MdA; Fraktionsgeschäftsführer
- **Frank Jahnke**, MdA
- **Jutta Leder**, MdA; stellv. Fraktionsvorsitzende
- **Sandra Scheeres**, MdA
- **Stefan Zackenfels**, MdA

Die Parlamentarische Linke (PL) stellt mit 27 Mitgliedern der Fraktion (53 Abgeordnete) die Mehrheit der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Die Übersicht der MdAs der PL findet sich auf unserer [Homepage](#).